

# Volkswacht

**Einzelhefte:**  
Die neuzeitliche Monatshefte 35 J.  
Literatur für Arbeiter 40 J.  
Arbeitsmarkt und Wohnungsgeldhefte 15 J.  
Die sozialistische Weltzeitung 1.20 J.  
Bei Wiederholungen Rabatt.  
Interesse müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.  
**Bezugspreise:**  
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . monatlich 1.40 J.  
vierteljährlich 4.20 J.  
Durch die Post bezogen außerhalb noch Postgebühr . monatlich 14 J.  
Einzelnummern . . . . . 10 J.  
Postfachamt Danzig Nr. 2948.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion 3795  
Expedition 3290

Nr. 74 Danzig, Sonnabend, den 29. März 1919 10. Jahrgang

# Kartoffeln, Milch und Speck für Deutschland!

**Amsterdams, 28. März. (W. S. B.)** Der Parlaments-Korrespondent des „Daily Chronicle“ erfährt, daß das englische Lebensmittelministerium beschlossen hat, außer den 100 000 Tonnen Kartoffeln, die bereits unterwegs sind, noch 200 000 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland zu schicken. Die ausgelieferten deutschen Frachtdampfer werden zum Transport der Kartoffeln verwendet werden.

**Amsterdams, 28. März.** „Allgemeen Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: Heute beginnt der Transport der bereits in Rotterdam liegenden Lebensmittel aus assoziierten Ländern nach Deutschland. Es sind bereits 250 000 Kisten kondensierte Milch und 6000 bis 7000 Tonnen Speck verladen.

**Amsterdams, 28. März. (Vorwärts.)** Aus Paris wird gemeldet: Der wirtschaftliche Rat in Paris ordnete an, daß alle bisher zurückgehaltenen Lebensmittel für Deutschland freigegeben werden sollen.

## Nordhäuser Politik.

Wir haben keine Politik! So lautet mal ein unabhängiger Führer. Das er recht hat, zeigten die Staatsablenkung durch die Unabhängigen in der preussischen Landesversammlung. Sie haben mal so etwas davon gehört, daß man diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligen dürfe. Zwar ist das schon ein halbes Jahrhundert her und schon unter dem alten Regime war es nicht immer gut, nach diesem „Grundgesetz“ zu handeln. Doch was haben sich die Unabhängigen daran. Sie wollen das Gelingen des neuen Preussens nicht sehen, weil es ganz und gar nicht in ihr Programm paßt und haben noch weniger das Bedürfnis am Neuaufbau mitzuwirken. So stimmen sie wieder gegen den preussischen Staat.

Nun, wir können sie an diesem politischen Unfug nicht hindern, der immerhin die eine gute Seite hat, den Arbeitern zu zeigen, wie fatalischer das die Unabhängigen von jeder sozialistischen Arbeit fernhält. Denn der Dr. juris Rosenfeld ist zu langsam, um nicht zu wissen, daß er dummes Zeug redet, wenn er behauptet, daß die Sozialisten nichts mit Sozialismus zu tun hat. Nur blinder Fanatismus kann ihn veranlassen, das zu sagen.

Und nun erst Kleinreden aus Nordhausen! Wenn wir nicht wüßten, daß er kein Alkoholiker ist, so würden wir ihm sagen, daß er dort seiner Tätigkeit in diesem Zusammenhang mit seiner Behauptung steht, die Sozialisierungspolitik sei eine verbrämte bürgerliche Politik. Das hat noch gefehlt! Deshalb kränken sich die bürgerlichen Parteien auch mit Wunden und Blößen dagegen.

Doch was wundern wir uns über soviel Verwirrung. Die Unabhängigen haben so oft mit den Reaktionen zusammengearbeitet und durch ihr Verhalten gegenrevolutionäre Arbeit begünstigt, daß sie jedes Verstandesmaß für die Beurteilung sozialistischer Taten verloren haben. Jetzt fehlt nur noch, daß nach der nächsten gegenrevolutionären Brandrede eines beliebigen ostpreussischen Frankfurters Herr Kleinreden zum Rednerstuhl schreit und ihn als Gewissen im Kampf gegen die „verbrämte bürgerliche Regierung“ und die „verbrämte bürgerliche Sozialisierungspolitik“ durch häßlichen Ländelredner beklammert.

bürgerliche Politik. (Neben bei den Mehrheitssozialisten.) Deutschland muß offen bekennen, daß es am Krieges abgefa Schuld ist. (Hört, hört!) Minister des Innern Seine: Diejenigen, die immer sagen, wir haben uns noch lange nicht schuldig gemacht, also fordert noch vielmehr, die sind Vertreter am deutschen Volke. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

**Abg. Dr. Molkenhauer (Dt.-natl. Sp.):** Den Minister bitte ich um eine Erklärung, daß die Regierung ebenso wie die feindlichen Abteilungen auf das Rheinland und Oberelbien so auch die Raubzüge auf das Saargebiet mit allen Mitteln zurückzuweisen wird.

**Ministerpräsident Siegel:** Ich wiederhole nochmals, daß wir mit aller Kraft an dem Verbleiben der besetzten Gebiete bei unserem Staate festhalten werden. Ich treue mich, daß die Saarbevölkerung mit hartem Nationalgefühl allen Anträgen und Gelüsten entgegentritt. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Weiser (Weisse):** Wir fordern die Wiederherstellung eines eigenen Hannoverschen Staates innerhalb des Reiches.

**Ein Schlußantrag wird angenommen.**

**Abg. Adolf Hoffmann (U. S.)** persönlich: Der Minister Seine ist noch derselbe schreibende Antikommunist wie früher.

**Der Abg. Hoffmann wird zur Ordnung gerufen.** Es folgt die Besprechung von verchiedenen Anträgen auf Änderung der Landwirtschaft.

**Abg. Dr. Ueberholz (Dem.)** beantragt einen demokratischen Antrag der vermehrte Erzeugung fordert.

**Abg. v. Kell (Dt.-natl.)** spricht für einen denationalen Antrag auf Abbau der Zwangsverpflichtung.

**Abg. Buhl (Centr.):** Wir müssen den Landwirten durch Taten zu helfen suchen, und dazu gehört neben der Düngemittelbeschaffung auch die Lösung der Arbeiterfrage.

**Abg. Held (Dt. Sp.)** tritt für Aufhebung der ländlichen Arbeitsnachweise ein.

**Abg. Schmidt (Dem.):** Zur Durchführung der Landarbeiterforderungen wird es nötig werden, daß auch einmal in die Landratshäuser frische Luft hineinkommt.

**Abg. Graf v. Rantz (Dt.-natl. Sp.):** Wir fordern in unserem Antrag, daß eine großzügige Bekleidungsaktion in Angriff genommen wird. Von der Sozialisierung der Landwirtschaft versprechen wir uns nichts.

**Nächste Sitzung** Sonnabend, 11 Uhr: Fortsetzung, andere Anträge und förmliche Anfragen. **Schluss** 7 1/2 Uhr.

**Abg. Siegel (Soa.):** Eine autorisierte Reichsmarine ist notwendig, um dem deutschen Seehandel wieder eine Betätigungsmöglichkeit zu geben.

**Reichswehrminister Noske:** Es ist selbstverständlich, daß ein gewisser Ausbau der Seereschiffe eintreten muß, aber wir wollen vermeiden, daß die Arbeiter Hals über Kopf entlassen werden, und daß Kiel, Wilhelmshafen und Danzig schweren wirtschaftlichen Schäden erleiden. Soweit Arbeitsgelegenheiten heranschafft werden können, werden wir damit auch die reichsdeutschen Betriebe verleben.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung in wesentlich un- veränderter Weise gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

**Abg. Schmidt (Dt. dem. V.)** erhält hierauf den mündlichen Bericht des Reichshausaus- schusses über die Verordnung über die Sicherung der Feder- und Gartenbe- teilung vom 4. Februar 1919.

**Abg. Blumh (Centr.):** Die Verordnung ist ange- sichts der kritischen Ernährungslage von hoher Be- deutung. Sie sollte aber früher gefaßt werden.

**Abg. Feldmann (Soa.):** Die Verordnung ist notwendig, denn jetzt muß jedes Flächchen Erde der Ackerbauverteilung zugeführt werden.

**Abg. Krell (Dt.-natl. Sp.):** Wenn die Regie- rung etwas zur Förderung der Produktion tun will, so muß sie vor allem den Arbeiter- und Solda- tenräten auf die Finger klopfen. Sie haben im- maß den Landwirten sogar das Saatgut weagen- nommen.

**Abg. Dutke (Dt. Sp.):** Kein Flächchen Erde darf unbestellt bleiben.

**Abg. Barm (U. S.):** Die Revolution hat zwar die Lage der Landarbeiter verbessert, aber noch nicht genügend.

Der Antrag Arnstadt und der Auslieferungsantrag werden angenommen.

nierung gebilligt haben. Man geht dabei von der Ansicht aus, daß wenn General Goller wirklich nur nach Warschau fahren soll, er gerade so gut andere Reiserouten wählen kann, als die über Danzig, zumal die von der Regierung vorgeschlagenen Routen eisenbahntechnisch sicherer zum Ziele führen. Will die Entente hierauf nicht einsehen und ist sie nicht willens, die in der deutschen Antwortnote ge- forderten Garantien für Vermeidung politischer Provokanda zu geben, so erweist sie den Verdacht, daß die Landung Gollers in Danzig doch mit Wils- son auf die Vorkriegszeit Danzigs durch die Polen zusammenhängt. Da wir aber auf die allein bei dem Friedensangebot angenommenen Bedin- gungen Wilsons geklärt den Polen die deutsche Stadt Danzig nicht ausliefern wollen, mußte die Regierung der Forderung, die Gollerschen Trup- pen in Danzig landen zu lassen, eine neue ent- gegenstellen, und sie wartet ruhig und kühlen Blutes ab, welche Folgerungen die Entente aus der deutschen Antwort ziehen will.

**Ueberrichtung der Note.**

**Weimar, 28. März. (W. S. B.)** Die Reichsregie- rung hielt gestern eine Kabinettsitzung ab, in der man sich abermals mit der Entente über Danzig befaßte. Die deutsche Antwort ist erst gegen nach- mittag in Spa überreicht worden. Eine Antwort auf die deutsche Note liegt noch nicht vor. Seitens der Entente soll noch Entgegennahme der Antwort eine Zwischenfrage gestellt werden sein. Das könnte darauf hindeuten, daß die Entente die Verhandlung- gen nicht abzubrechen willens ist.

**Berlin, 29. März.** Aus London meldet das „Lageblatt“, daß die britische Kommission, die sich mit der Frage von Danzig befaßt, zu dem Beschluß kam, daß Danzig deutsch bleiben müsse.

## Landesversammlung.

**Berlin, 28. März.**  
Die vom Geschäftsordnungsausschuss beantragten Vorschriften für das Wahlprüfungsverfahren werden angenommen. Der Entwurf zur Änderung des Grundbuchausweisgesetzes für Wien wird in dritter Lesung angenommen. Zur zweiten Lesung des Rotenakts beantragte Berichterstatter **Abg. Schmedding** namens des Staatshausaus- schusses die unveränderte Annahme. Die Geset- zung des vorläufigen Etats soll bis Ende Juni erstrecken.

**Abg. Leis (U. S.):** Wir werden an der Verab- schiedung des Etats nicht mitwirken.

**Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.):** Die angebliche So- zialisierung, die einleiten soll, hat mit Sozialismus nichts zu tun. Wir bekämpfen diese Regierung aus- schließliche. Den Etat lehnen wir ab.

**Finanzminister Dr. Südekum:** Die Diskussion der Rinderpest muß abgebrochen werden. Fremde ist mit seinem freiesten Willen kein Rinderpest, dem ein Sozialdemokrat die Mittel zur Wirtschaftszweiger dar.

**Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.):** Haben Sie den Be- lagerungsstand auf dem nicht die nötige Frei- heit für die Antitation haben kann werden mit Ihnen bemerken, daß wir die Mehrheit haben. Sie halten es ja nicht einmal für nötig, die Familien- stifter der Hohenhäuser einzulassen.

**Finanzminister Dr. Südekum:** Die Auswirkun- gen Ihrer Demagogie machen zur Zeit die Aufhe- bung des Belagerungsstandes unmöglich. Die Abtretung des Privatvermögens der Familie Ho- henhäuser von denselben Gütern, die der Staat in Anspruch nehmen kann, werden mit Ernst be- trieben.

Der Rotenakts wird in zweiter und dritter Lesung angenommen und in der Staatsablenkung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Hierauf wird die Besprechung der vom Ministerium am 28. März abgegebenen Erklärungen fortgesetzt.

**Abg. Rosenfeld (U. S.):** Die Sozialisierungs- politik ist weiter richtig, als eine vor- verschie-

## Nationalversammlung.

**Weimar, 28. März.**  
Am Ministertisch: Scheidemann, Noske, Götze, Frank. Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage des Abg. Zell (Soa.) wegen der Sommerzeit.

**Regierungskommissar Reichert v. Welker:** Der Entwurf über die Sommerzeit wird auch an die Nationalversammlung kommen, wenn wird Zeit sein zu eingehender Stellungnahme.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes zur Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine.

**Reichswehrminister Noske:** Der Entwurf lehnt sich eng an das Gesetz über die vorläufige Reichs- wehr an. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reichswehr sind übrigens weit fortgeschritten, so daß die unneutralen Begleiterscheinungen der Werbung, daß a. S. die Verbände einander regel- recht Konkurrenz machen, dann aufhören werden. Mit der Aufstellung einer Reichsmarine ist der Au- fang bereits gemacht. Wir brauchen Schritte zur Sicherung der Lebensmitteltransporte, zur Räu- mung des Reiches von Minen und zum Schutz der Fischer.

**Abg. Dörflinger (Dt.-natl. Sp.):** Die Vorlage beweist den Willen der Regierung, sich ein ac- tuelles Maß von Seemacht nicht nehmen zu lassen. Wir werden aber unter keinen Umständen an- nehmen, daß die deutsche Flotte vom Weltmeer ver- jährt wird. (Beifall.)

**Abg. Graf zu Dönhau (Dt. Sp.):** Auch wir wer- den für das Gesetz stimmen.

**Abg. Bruns (U. S.)** erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehnt, schon deshalb, weil die Reichs- marine dem Reichswehrminister Noske unterstellt werden solle. (Beifall bei den Unabhängigen.)

## Einig in der Abwehr!

Die Regierung hat sich vor Ablehnung ihrer Antwort auf die Note der Alliierten, die die Landung polnischer Truppen in Danzig fordert, mit allen Parteien der deutschen Nationalversammlung be- raten, und dabei ergab sich, daß alle Parteien ein- mütig auch die Unabhängigen, die Antwort der Re-

gierung ablehnen. Die deutsche Note wird von dem Rechte des Unterlegenen Gebrauch, auch seine Würde und seine nachherigen Interessen zu verteidigen. Sie muß daher auch jenseits der Grenzen Wiederhol- lungen in den Herzen aller, die nicht in der dauernden Herrschaft eines unheilvollen Militarismus und Chauvinismus die unheilvollen Zukunft Europa- s erblicken. Eigenheit, Herrlichkeit und nationa- listische Selbstliebe können nicht den Frieden bringen, den die Menschheit braucht, das kann nur der Geist der Verständigung. Eine solchen Verständigung weist die deutsche Note den Weg.“

## Der Bolschewismus auch in Polen!

Der Amerikaner Zeitung „Telegraph“ zufolge schreibt die „Times“, daß in der letzten Zeit in Polen, hauptsächlich im Dombrowa-Distrikt, von russischen Bolschewisten und deutschen Sozialisten eine eifrige Agitation betrieben wird. Obwohl die polnische Regierung strenge Maßnahmen getroffen hat, sind trotzdem anarchistische Einflüsse an der Arbeit. Aus der „Times“-Mitteilung ist ersichtlich, daß es mehrfach zu ähnlichen Zusammenstößen zwischen Militär und Bolschewisten kam, wobei die Bolschewisten auf Seiten der Sozialisten stellten.

**70 000 Arbeitslose in Warschau.**

**Berlin, 29. März. (Soa.)** Nach hier eintraffen- den Informationen ist die bolschewistische Gefahr für Polen in Indien im Wachsen. Allein in Varshin befinden sich ungenügend mehr als 70 000 Arbeitslose, die fast unter dem Einfluß der bolschewistischen Agitation stehen.

**Ungarn gegen Serbien.**

**Soos, 28. März. (Soa.)** Reuter erfährt, daß die ungarische Regierung an Serbien den bolsche- wistischen Krieg erklärt hat und die ungarische Grenze nach Budapest hinzieht. Wenn sie keine uner- warteten Ereignisse erleben, würden die Alliierten imstande sein, mit dem Meer der neuen ungarischen Regierung, das Ende Februar noch keine 60 000 Mann stark war, schnell abzuschneiden.

**An die Alliierten.**

**Berlin, 28. März. (W. S. B.)** Aus dem Ständes- bericht der Vorkriegsstandkommission in Spa vom 27. März. General Kuntze ist nach Spa zurück- gefahrt. General v. Hammerstein erklärte, daß Anfang April der Kriegsvortrag in Sibau erichol- len werde. Dies zwinge dann zur Einstellung des Bahnverkehrs, was die Räumung Ostlands nor- wendig mache. Sollte die Kolonialverwaltung über See-

nicht sich erlaubt, so müßte angenommen werden, daß die Alliierten an der Befreiung des Bolsche- wismus durch deutsche Truppen kein Interesse mehr haben.

**Ein angebliches Bündnisangebot.**

**Danzig, 28. März.** Der General-Korrespondent des Danziger „Daily Chronicle“ schreibt, daß vorläufig- über Danzig erfährt, daß die russische Sowjet- Regierung vor einem Tode der Berliner Regie- rung durch einen unabhingigen Vertrag mit der Berliner Regierung. Die russische Regierung hat, Danzigland seine früheren Grenzen im Osten und im Westen wiederherzustellen, wenn die deut- schen Regierenden sich einverstanden erklären wür- den. Die Sowjetregierung erzie politische-sozia- listische Konzeptionen zu machen und ein Bündnis mit Russland zu schließen.

**Die Pariser Presse**

wird anfänglich der Verhandlung zwischen den Alliierten und Ungarn sehr unruhig. „L'Action Française“ sagt, es sei verhängnisvoll, dass man in dem Augen- blick zu verhandeln, das aber vorerst ist. Nicht über- weite lägen viele Angelegenheiten vor, doch auch in zahl- reichen Generalständen die Bevölkerung der Sache überdrüssig geworden ist.

„Matin“ muß in dieser Zusammenhang ange- geben, daß man dem wirklich mit der erwarteten Forderung, Ungarn werde die russische Frontlinie Ge- biete und ähnliche Anforderungen zum Meer ohne weiteres annehmen lassen, sich bereit zu erklären, ohne daß man eine gewisse Zeitlang nicht auf die Ditturbere, Ungarn befaßt, wartet sich, erklärt, daß alle dem. Es behalte nur noch die Pariser Presse. Die Verhandlung. Wenn diese Verhandlung abgeschlossen werde, die feindliche Art in vernichtigen Tagen an die russische Grenze franden.

Hier Lenin!

Und auch und nicht nur haben sich miteinander... in Deutschland noch nicht geändert hat und...

Vom Völkerverbund.

Ueber die Änderungen am Völkerverbundvertrag... Artikel 2 (Allgemeine Bestimmungen des Völkervertrages)...

Ein sozialistisches Projekt.

Das bayerische 3. Armeekorps in Nürnberg ist mit einem Siedlungsprojekt auf sozialistischer Grundlage...

Politisches.

Die alte Ordnung lebt noch... Die neue Ordnung lebt noch...

in Deutschland noch nicht geändert hat und... wenn man heute noch, wie in den letzten Jahren...

Spezialisten führten in Tangentmünde einen... im Osten liegenden Schienen mit Proviant...

Gewerkschaftliches.

Vom Fortschritt der Gewerkschaften... Der Verband der Brenner- und Kalkbrennerarbeiter...

Soziales.

Ueber die Zunahme der Arbeitslosigkeit... macht das Reichsamt für Statistik...

Volkswirtschaftliches.

Ein neues Geschäft... Aus Christiania meldet die 'Voll. St.'...

Aus den Provinzen.

Freigabe der Mischerei... Die Abgabe ist heute ungeschädigt... Die Abgabe ist heute ungeschädigt...

Manen geschickter und in Herrn Max... 95 000 Mark mäßiges Verdienst...

Stiegen. In der Bevölkerung herrscht... Stiegen darüber, daß dem Landarbeiter...

Grubens. Ein großer Diebstahl an... Seidenstoffen, Tarnstoffen, Überziehern...

Nobers. Beim Nachfüllen von Petroleum... eine brennende Lampe explodierte...

Thorn. Der Kreisrat des Landkreises... Thorn beschloß den Steuerfuß von 100 auf 125 Prozent...

Die mittleren, Rausch- und Unterbeamten... der thüringischen Bauernvereine...

25 Jahre Großeinkauf.

Genit, am 29. März d. J., vollendet die... 25-jährige Bestehen des Großeinkaufs...

Jahre 1910 gingen die Betriebe der... gewerkschaftlich organisierte Arbeiter...

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter... hat demnach reges Interesse daran...

Loftales.

Leerende Wohnungen.

Eine neue Polizeiverordnung, die am 1. April... in Kraft tritt, bestimmt in ihrem ersten Paragraphen...

25 Jahre Großeinkauf.

Genit, am 29. März d. J., vollendet die... 25-jährige Bestehen des Großeinkaufs...

Zur Selbsthaltung des Großmarkts.

erklärte sich gestern in einer Besprechung... der Zeitung des Herrn Stadtrat Dr. Grünman...

Die Arbeitslosigkeit im Badergewerbe.

Im Bereich der zu großen Zahl der... arbeitenden Bäder in Danzig ist die Zahl...

Ansteckung

durch die Mund-... (Ansteckung durch die Mund-...)

Feuilleton.

Berminal.

Roman von Gaille Sola... (Gaille Sola)

Seine Gedanken verdrängte... (Continuation of the story)

Ein unbekanntes Mädchen... (Continuation of the story)

reuz-Schacht geblieben... (Continuation of the story)



